

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rosenberger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Zimmermann,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem heutigen Haushalt verabschieden wir den letzten Haushalt dieser Wahlperiode. Die vergangenen fünf Jahre waren geprägt von tiefgreifenden Veränderungen in der Welt, in Deutschland und damit am Ende auch im kleinsten Entscheidungskreis – der Kommune.

Eine Pandemie beeinflusste mit drastischen gesellschaftlichen und persönlichen Auswirkungen unsere Lebensumstände. Es bestanden größte Befürchtungen für die Wirtschaft. Wir reagierten durch das Einsetzen der Haushaltsstrukturkommission und kamen auch dadurch als Kommune recht gut durch die Krise. Die Wirtschaft entwickelte sich weniger schlecht als befürchtet – im letzten Haushaltsjahr z.B. profitierten wir von erheblichen Steuernachzahlungen aufgrund von coronabedingt niedrigeren Vorauszahlungen. Die größte Hilfe für die Kommunen war aber, dass der Bund und das Land verlässlich in ihren Hilfen waren. Die Kommunen wurden nicht alleine gelassen.

Weltweit folgte dann die größte Zäsur seit Ende des zweiten Weltkriegs. Der Überfall Russlands auf die Ukraine macht deutlich, dass sich Europa in einer naiven Wohlfühlblase sorglos eingenistet hatte. Rohstoff- und Energiemärkte wurden durchgeschüttelt. Selbstversorgung ist Thema. Zudem beschert uns Putin eine Flüchtlingswelle, die v.a. Deutschland trifft. Also wieder Krise – der Unterschied zu Corona ist aber leider, dass unsere Bundesregierung in diesem Fall sehr viel falsch macht. Sie verschärft die Energiekrise, indem sie – trotz vieler Warnungen – ideologiegetrieben die drei letzten Kernkraftwerke vom Netz nimmt. Fehlender Strom wird teuer zugekauft. Das Ergebnis dieser Energiepolitik sieht jeder auf seiner Stromrechnung. Das Schlimmste dabei ist aber, dass unsere Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert. Wir erkennen das an leeren Auftragsbüchern, Kurzarbeit, Entlassungen und Firmenabwanderungen in Länder, die Krise können! Der nächste Fehler ist das sture Festhalten an Mobilitätskonzepten, die ohne Förderung nie im Leben funktionieren. Das Verbrennerverbot mit dem Fokus nur auf E-Mobilität hält keine Autoindustrie und damit auch kein Zulieferer aus. Das Heizungsgesetz der Bundesregierung

zeigt, wie man Bürger verunsichern und Märkte crashen kann. In 2023 wurden Öl- und Gasheizungen in rekordverdächtiger Höhe installiert. Die Kosten für Heizinfrastruktur explodierten – wir haben dies auch bei unseren Nahwärmenetzen feststellen müssen. Und ein weiteres Beispiel für die Krisenunfähigkeit unserer Regierung ist der Umgang mit Migration. Sie sorgt mit völlig falschen finanziellen Anreizen für Pull-Effekte. Unsere Containersiedlung kostete 5 Mio €. Das Land beteiligte sich mit einer guten Million. Der Bund zahlt nichts. Er begleicht zwar die Mietkosten für die Bewohner – das heißt für uns aber letztlich, dass wir die Anlage nur über eine mehrere Jahre andauernde Auslastung bezahlen können. Der große Flüchtlingsgipfel, der alle Beteiligten mit dem Kanzler zusammenbrachte, war enttäuschend. Ankündigungen bleiben folgenlos. Wir sind deshalb heute froh, dass wir im Gemeinderat weitere freiwillige kommunale Aufnahmeverpflichtungen über die Sicherer Häfen verhindern konnten.

Die hier beschriebene Versagensliste des Bundes lässt sich zusammenfassen mit: Aussteigen, Auslagern, Aufnehmen und Verbieten. Fakt ist leider – und damit schließt sich der Kreis zum Haushalt: Uns brechen Einnahmen weg und Kosten explodieren. Vor diesem Hintergrund muss der aktuelle Haushalt und v.a. die Zukunft betrachtet werden. Verschuldung für Investitionen kann sinnvoll sein – Verschuldung zur Deckung von laufenden Ausgaben bedeutet ganz am Ende aber: wir konsumieren und jemand anderes nach uns zahlt.

Die CDU-Fraktion wird vor diesem Hintergrund nicht jeder Drucksache zustimmen.

Das geplante Einsetzen einer neuen Haushaltsstrukturkommission nach der Sommerpause ist folgerichtig. Pflichtaufgaben sind auf Effizienz zu prüfen und freiwillige Ausgaben sind grundsätzlich zu hinterfragen.

Unsere Liquidität von 17 Mio € hilft uns, Defizite im Verwaltungsbereich auszugleichen. Diese Liquidität resultiert aus einem noch guten Haushalt 2023 und der Nicht-Realisierung von eingeplanten Investitionsvorhaben. Eine Kreditermächtigung von 4 Mio € für Kassenkredite sichert unsere Finanzierung.

Wir planen mit einem Minus von 3,5 Mio € im Ergebnishaushalt, bei einem auf 80 Mio € deutlich größeren Haushaltsumfang. Im 4-jährigen Planzeitraum errechnet sich ein Defizit von 20,4 Mio €.

Im aktuellen Finanzplan ist die Aufnahme von 12,7 Mio € Krediten in 2024 vorgesehen. Im Planungszeitraum sind es dann 31,4 Mio €. Für investive Ausgaben in die Zukunft der Stadt ist Verschuldung darstellbar und auch genehmigungsfähig. Hierzu zählen die Verkehrslösungen in Innenstadt und Hohenberg - die Kindergärten und Schulen – der Ankauf von Gewerbeflächen im IG Heiligenfeld und im IKG Empfingen - die Sporthallen aufgrund der Bosch-Erweiterung und ein Sportstättenkonzept. Solche Kredite müssen aber auch in der Zukunft wieder getilgt werden. Die Zins- und Tilgungslasten werden künftigen Spielraum deutlich einengen.

Alleine für die Stadionhallen sind 22,2 Mio € in der mittelfristigen Finanzplanung einkalkuliert. Wir sehen im Leuco Areal als schnell bebaubare Fläche den idealen Standort in

Nähe der Berufsschule und des MGG. Leider wurden 6 Mio € erhoffte Fördermittel des Bundes nicht bewilligt. Zudem zeigt sich, wie kurios die Förderpraxis des Ausgleichsstocks ausfällt. Leistungsschwache Kommunen werden bevorzugt – Nagold ist leistungsschwach eingestuft – Horb nicht! Wir können deshalb aktuell nur mit 600 T€ Landeszuschuss rechnen. Ein wiederholter Antrag beim Bund macht nur begrenzt Hoffnungen. Schwierige Rahmenbedingungen für eine Umsetzung!

Beim Sportstättenkonzept, das die Verlagerung des Stadions beinhaltet, stehen wir für eine kostengünstige Lösung unter Einbeziehung von vorhandenen Anlagen wie die in Nordstetten oder Bildechingen.

Die Ortschaftsbudgets werden durch das neue Finanzierungskonzept für Tiefbaumaßnahmen entlastet. Die Bestandsaufnahme der Straßen und Wege muss zu einem zielgerichteten Instandhaltungsplan führen.

Leider betragen unsere Unterhaltungsmittel nur noch 3,1 Mio €. Damit decken wir unsere Abschreibungen von 5,1 Mio € nur noch zu 60%.

Das größte Risiko für unsere Finanzsituation ist die Kreisumlage. Sie stieg aktuell um einen Punkt auf 33,7 % und absolut von 66,5 Mio € auf 71,6 Mio €. Wir rechnen in der Zukunft mit einem Mehrbedarf des Landkreises von 15 Mio € - resultierend in erster Linie durch die Schieflage der KLF. Eine derartige Steigerung könnten die kommunalen Haushalte nicht mehr auffangen. Große Einschnitte im Bereich der freiwilligen Aufgaben wären unvermeidlich.

Im Personalbereich sind Mehrausgaben von knapp 3 Mio € geplant. Tariferhöhungen und bereits beschlossene Personalaufstockungen sind verantwortlich. Beim Personal sparen wir jedes Jahr unfreiwillig, weil Planstellen nicht besetzt werden können. In den Kindergärten führte dies zu Einschränkungen im Regelbetrieb.

Im Kindergartenwesen musste folglich schnell und spontan reagiert werden. Spielgruppen ersetzen die Ganztagsbetreuung. Und 100 zusätzliche Plätze werden in Bildechingen und Dettingen realisiert. In Dettingen sind leider 500 T€ nachzufinanzieren. Unter anderem, weil die vorhandene Küche aus hygienischen Gründen nicht gleichzeitig von Schul- und Kindergartenkindern genutzt werden darf. Ein himmelschreiender Unsinn, der zeigt, wie man Geld einfach sinnlos zum Fenster hinauswerfen muss. Um die Versorgung sicherzustellen, stimmen wir der Nachfinanzierung zu.

Zu den weiteren Einzeldrucksachen:

Den Antrag zur Schulsozialarbeit haben wir intensiv in der Fraktion diskutiert. Im Haushalt 2019 beschloss der Gemeinderat eine Erhöhung von 3,2 auf 4,2 Stellen mit der Maßgabe, dass dieser Umfang, dann für vier Jahre Bestand haben solle. Mit jedem Folgehaushalt haben

wir dann aber trotzdem neue Stellen geschaffen. In 2023 waren wir bei 6,6 Stellen und nun sollen weitere 1,25 hinzukommen. Die Gründe sind durchaus nachvollziehbar: Corona, Verlagerung der Erziehung von den Familien in die Schulen und nicht zuletzt auch die Integration von geflüchteten Kindern. Deshalb wird die CDU-Fraktion auch mehrheitlich zustimmen. Klar ist aber: Die Kommunen werden aber auch hier wieder mit Problemen alleine gelassen. Es bedarf der dringenden Kostenübernahmen des Bundes z.B. für die Integrationsleistung der Schulsozialarbeit. Wir stehen heute an einem Punkt, an dem die Kommunen nicht ständig nachlegen und Defizite in der Erziehung korrigieren können. Haben wir bald Sozialarbeiter in den Kindergärten? Nein - jeder Einzelne muss an seine Eigenverantwortung erinnert werden.

Über 300 Vereine sorgen mit ihren Ehrenamtlichen für eine lebendige Gemeinde. Den vorgeschlagenen Vereinsförderfällen stimmt die CDU Fraktion zu. Die Unterstützung der Vereine erfolgt über nachvollziehbare Grundsätze.

Genauso stimmen wir der verbesserten Unterstützung der Städtepartnerschaften zu.

Das neu geschaffene Kulturmanagement wird die kulturelle Vielfalt in der Stadt bündeln, koordinieren und unterstützen. Mit Frau Dr. Yu konnten wir eine sehr engagierte Expertin gewinnen. Der Projektförderung für das Landesmusikfestival und das Lotzer-Jahr stimmen wir zu. Sebastian Lotzer war einer der herausragendsten Horber, der bereits vor 500 Jahre die Grundsätze für freie Gesellschaften formulierte.

Für die Entwicklung von Horb West stellen wir 100 T€ Planungsmittel zu Verfügung.

Die Planung der Bebauung des Hans-Stör-Wegs in Mühlen hatten wir bereits in der Haushaltsberatung 2023 angesprochen. Die Personalsituation lies eine eigene Planung in 2023 nicht zu. Wir stimmen folglich der externen Vergabe gerne zu.

Für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes werden in 2027 550 T€ eingestellt. Diese Raumplanung ist für künftige Entwicklung Grundlage.

Die stationären Blitzer müssen ersatzbeschafft werden, weil die weitere Instandsetzung von den Herstellern nicht mehr unterstützt wird.

Und natürlich stimmen wir sowohl dem Digitalfunk der Feuerwehr und dem Aufbau eines Sirennetzes zu. Krise zeigt eben auch, dass altbewährte Mittel manchmal die solidesten sind.

Bei der Taubenpopulation sehen wir aufgrund des Nicht-Vorliegens von seuchenrelevanten Aspekten keinen akuten Handlungsbedarf. Eine Bestandsregulierung über jedwede Art von Taubenschlägen würde bei verschiedenen Standorten erhebliche Mittel beanspruchen. Gemäß dem Vorschlag des Tierschutzvereins, soll eine Ablenkungsfütterung die Tauben im Stadtbild reduzieren. Die Population soll sich hierbei nicht vergrößern. Deshalb gehen wir diesen Weg mit. Eine Evaluation ist aber erforderlich. Die finanzielle Unterstützung des Tierschutzvereins hierfür ist konsequent.

Die Forsteinrichtung konnte dem Gremium sehr detailliert und nachvollziehbar darlegen, dass wir in unseren sehr alten Beständen den Hiebsatz erhöhen müssen, um Klimaresilienz zu erreichen. Alte Bäume sind anfällig und sie stehen neuen robusteren Baumarten im Weg. Damit schaffen Hiebe den notwendigen Platz und außerdem den finanziellen Spielraum für Waldumbau. Dennoch ist ein Haushalt mit einer schwarzen Null kaum zu schaffen.

Mit dem Starkregenrisikomanagement verbindet sich auch die Bündelung von Ingenieurleistungen der Stadt. Eine sehr sinnvolle Maßnahme, der wir zustimmen.

Den drei Drucksachen zum Straßenunterhalt, zum Grünflächenmanagement und zur Spielplatzentwicklung stimmen wir ebenfalls zu. Damit erleichtern wir den Ortschaften die Pflege und den Unterhalt von Infrastruktur ganz entscheidend. Aber leider auch hier wieder: Unsere 75 Spielplätze müssen alle wöchentlich durch geschultes Personal überprüft werden. Wir müssen für diese völlig überzogene bürokratische Forderung eine neue Stelle schaffen.

Den Antrag der ULH zur Förderung des Tierschutzvereins verbinden wir mit der Förderung im Rahmen der Taubendrucksache. Eine weitere finanzielle Unterstützung sehen wir nicht.

Das wir uns heute für unsere Stellungnahme zu Solar- und Windenergie mehr Zeit nehmen ist folgerichtig. Die Bewertung der einzelnen Ortschaften konnten in der Vorberatung noch nicht diskutiert werden. Dass die erneuerbaren Energien dann, wenn sie konkret ins eigene Umfeld rücken, emotional und kontrovers diskutiert werden, war vorhersehbar. Als ich in meiner Haushaltsrede vor zwei Jahren die weitere Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie gefordert hatte, wurde ich belächelt. Leider hat die Ampel die Kernkraft beerdigt und gleichzeitig kein Konzept für grundlastfähige Energie. Zudem besteht riesiger Investitionsaufwand in die Stromnetze. Gibt es einen Plan der Politik? Sie delegiert, wie bereits ausgeführt, Energieziele an die Kommunen. Dort soll dann die Güterabwägung stattfinden. Wir sind also per Gesetz in der Pflicht, Kompromisse zu finden. Lösungen kann es nur geben, wenn alle Interessenvertreter bereit sind, sich zu bewegen.

Unsere Stadtentwässerung steht vor anspruchsvollen Aufgaben. Alleine in der Kläranlage Horb besteht größerer Sanierungsbedarf. Wenn beim Phosphat noch weitere Auflagen hinzukommen, wären erhebliche Mittel erforderlich. Problematisch ist, dass der Gesetzgeber zur Amortisation immer die Abschreibung aufgrund der Ausgangsinvestition und nicht vom Wiederbeschaffungswert vorgibt. Damit lässt sich dann aber eine Ersatzinvestition nie aus den Abschreibungen bezahlen und für Nettoinvestitionen, wie eine zusätzliche Reinigungsstufe, ist zwangsläufig kein Eigenkapital da. Das System ist deshalb konsequent auf Verschuldung ausgelegt.

Bei den Stadtwerken war die Nahwärme ein vieldiskutiertes Thema. Kostensteigerungen führen zum Neustart. Projekte müssen betriebswirtschaftlichen Maßstäben standhalten. Die Parkhäuser stehen vor Sanierungen - das am Bahnhof lässt sich beim Projekt Stadteingang sehr gut integrieren. Der Erfolgsplan schreibt für die kommenden vier Jahre jeweils negative Ergebnisse zwischen 400 T€ und fast 900 T€. Deshalb ist es auch nicht verwerflich, mit erneuerbaren Energien Geld zu verdienen. Ansonsten müssten die Defizite über Umlagesysteme an die Bürger weitergegeben werden.

Wir halten die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für aufgabenorientiert und stimmen diesen deshalb zu.

Der Haushaltsplan ist sachgerecht. Wir werden dem vorliegenden Haushaltsplan und dem Stellenplan einschließlich der meisten Einzeldrucksachen zustimmen. Unser Appell ist aber dennoch deutlich. Ohne grundlegende Reformen des Bundes, die endlich wieder für Wirtschaftswachstum sorgen – ohne Reformen im Gesundheitswesen und ohne einen klaren Erfolgsplan für unser Kreiskrankenhaus werden wir auf ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten zusteuern. Gleichzeitig müssen wir unsere Aufgaben konsolidieren. Es darf nicht sein, dass wir auf dem Rücken kommender Generationen leben.

Wir bedanken uns besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Horb für ihre engagierte Arbeit und ihre Motivation.

Natürlich bedanken wir uns auch bei Herrn Oberbürgermeister Rosenberger und Herrn Bürgermeister Zimmermann. Wir arbeiten sehr vertrauensvoll und konstruktiv zusammen. Ihnen gelingt es, unterschiedliche Ansichten des Gemeinderates immer wieder zu konsensfähigen Beschlüssen mit großen Mehrheiten zusammenzuführen.

Liebe Zuhörer – herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

gez. Michael Keßler